

## Statt Landwirtschaft Agro-Industrie ?

### Ulbricht bestätigt Kollektivierungspläne — Gefährliches Experiment

Seit Monaten trifft die SED Vorbereitungen für eine neue Kollektivierungs-Kampagne in der sowjetzonalen Landwirtschaft. Der „Neue Kurs“ wird auf dem Land dazu benutzt, um alle Voraussetzungen dafür zu schaffen. Unfähig, aus den schlechten Erfahrungen der kommunistischen Geschichte zu lernen, will die SED damit einen Weg gehen, vor dem viele ihrer Funktionäre in den letzten Monaten gewarnt haben.

Am 12. und 13. Dezember haben Politleiter, Aktivisten und Vorsitzende der sowjetzonalen Produktionsgenossenschaften zusammen mit Vertretern der Regierung und des SED-Politbüros die neuen Richtlinien ausgearbeitet.

Darin wird die Zusammenfassung ländlicher Betriebe in Kollektiven als die einzige Möglichkeit zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion bezeichnet. Durch eine Reihe bindender Verpflichtungen soll die künftige Landarbeit sowohl in der Frage der Produktion als auch in allen Fragen der Entlohnung eng den in der volkseigenen Industrie herrschenden Prinzipien angeglichen werden.

#### Das Politzentrum

Zum Dorfzentrum und zur einzigen Erholungsmöglichkeit möchte die SED das von einem aus der Stadt gekommenen Funktionär geleitete Kulturhaus machen. „Dorf gastwirt und Pfarrer sind die dörflichen Unruhe stifter“, heißt eine bereits jetzt von der FDJ vorsichtig verbreitete Parole. Dann würde der Staat bestimmen, was der Bauer zu lesen, was er auf der Laienspielbühne oder im Kino zu sehen hat.

Soweit die Pläne der SED. Die Frage bleibt, wie weit sie sie verwirklichen kann. Nirgendwo trifft sie auf so harten Widerstand, hat sie so wenig Einfluß wie auf dem Lande. Sie mußte schon einmal ihre Kollektivierungspläne aufgeben und die geflüchteten Bauern um Rückkehr bitten!

Ulbrichts Erklärungen

Für den Jahresabschluß 1954 gab Ulbricht die Zahl von 5108 Kollektiven mit insgesamt 157 567 Mitgliedern an. Das ist noch immer nur ein Bruchteil der bäuerlichen Bevölkerung. Den Hauptanteil der Landbevölkerung stellen immer noch die selbständigen Klein- und Mittelbauern. Sie sind die Stütze der durch Experimente mit landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften heruntergewirtschafteten sowjetzonalen Landwirtschaft. Die SED begibt sich in ernste wirtschaftliche Gefahr, wenn sie diese Bauern antastet.

Ulbricht allerdings will es versuchen. Er möchte außerdem auch solche Kollektive, die bisher nur gemeinsame Flächenbewirtschaftung betreiben, künftig auch zu gemeinsamer Viehhaltung, also zur Vollkollektivierung, zwingen.

#### Wie ein Industriebetrieb

Die LPG von 1955 hat — wie auf dem III. LPG-Kongreß in Leipzig unterstrichen wurde — das Gesicht eines Industriebetriebs. Betriebsleitung und Kontrollinstanzen sind denen eines volkseigenen Betriebes angeglichen; der gleiche unverhältnismäßig große Verwaltungsapparat, die gleiche Normentreiberei, die gleiche ungerechte Entlohnung.

Das heißt: Den LPG-Arbeitern kommt nicht der Reinerdienst ihrer Arbeit zugute, sondern nur jener Teil, den die LPG-Verwaltung nach Abzug ihrer Kosten ihnen zubilligt.

Weiterhin werden die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften künftig während einer ganzen Erntekampagne zu bestimmten Brigaden eingeteilt. Diese Arbeitsteilung erfolgt nicht zuletzt nach politischen Erwägungen. Wenn man bedenkt, daß es schlechtbezahlte und gutbezahlte Brigadearbeiter zu verteilen gibt, wobei die schlechtbezahlten oft die schwersten sind, wird klar, was die SED damit bezweckt. Der politische Gegner wird auch innerhalb der LPG noch wirtschaftlich und physisch „fertiggemacht“. Die jetzt überall für den Landeinsatz rekrutierten Industriearbeiter stellen in diesem Plan die SED-Reserve dar: Wollen die Bauern nicht so wie die SED, dann übernimmt die Partei eben durch die Hand dieser geschulten Arbeiter die Positionen auf dem Lande. Bis dahin wird sie durch die Industriearbeiter-Invasion bestrebt sein, das „Gesicht des Dorfes gründlich zu verändern“.

Wie weit das gut geht, bleibt wie gesagt abzuwarten. Eines mußte Ulbricht in Leipzig bereits zugeben: Der Viehbestand ist durch die Kollektivierung erschreckend zurückgegangen.

Das 1955er Kollektivierungsexperiment könnte nun auch die ohnehin geringe Fettkarte angreifen — und dadurch der Pankower Regierung Sorgen bereiten, unter deren Druck sie ihre Kollektivierungspläne eines Tages vielleicht sehr schnell wieder „vergessen“ könnte.



## Der Griff ins Ungewisse

DT. Die zweitägige Debatte über die Pariser Verträge im Bundestag hat wiederum gezeigt, daß die große Streitfrage — Verteidigungsbeitrag, ja oder nein? —, um die fast vier Jahre gerungen wird, im Grunde ausdiskutiert ist. Dennoch wurde zweimal deutlicher als früher an den Kernpunkt des Problems gerührt. Das geschah zunächst in seelischer Beziehung durch die Erklärung des Bundeskanzlers, daß er sich in der gleichen Gewissensnot befinde, auf die sich vorher in eindrucksvoller Weise der sozialdemokratische Abgeordnete Erlar berufen habe. Auch er, der Kanzler, bitte, ihm zu glauben, daß er sich im Hinblick auf die schicksalhafte Entscheidung der gleichen Gewissensprüfung unterziehe wie andere.

Es gibt in der Tat politische Situationen, in denen die Frage nach der Richtigkeit dieses oder jenes Weges so unwägbar in der Schwere ist, daß es unmöglich erscheint, sie mit kategorischer Ausschließlichkeit zu beantworten. Was richtig und was falsch ist, das kann in solchen Fällen erst die Geschichte sagen. Das sind also die Entscheidungen, deren Folgen sich einer mathematisch-exakten Berechnung entziehen.

Der Griff ins Ungewisse erfolgt dann aus dem inneren Gewissen. Wenn wenigstens das von allen Beteiligten gegenseitig anerkannt wird, dann ist — bei aller Verschiedenheit der Standpunkte — jedenfalls eine Übereinstimmung in der moralischen Forderung gegeben, daß jedermann, der an der Entscheidung mitwirkt, seiner gewissenhaften Überzeugung folgt. Das kann den menschlichen Kontrast des Für und Wider mildern und dazu beitragen, daß nach der Entscheidung Notwendige gemeinsam zu bewältigen.

### Im Kernpunkt des Problems

Wir denken dabei nicht nur an die spätere Aufgabe, die Verträge zu verwirklichen, sondern auch an neue schicksalhafte Ent-

scheidungen, vor die das deutsche Volk im Ablauf der weiteren Entwicklung gestellt werden wird. Hier war es eine Zwischenfrage des sozialdemokratischen Abgeordneten Erlar an den Sprecher der CDU, Kiesinger, die an den Kernpunkt des Problems rührte. „Wenn die weltpolitische Situation“, so lautete die Frage, „entweder ein wiedervereinigtes Deutschland erlaubt, das keine Militärbündnisse unterhält, oder gar kein wiedervereinigtes Deutschland — was ziehen Sie vor?“ Kiesinger erwiderte darauf, das sei eine Examensfrage, die er nur einem größeren Examinator, nämlich der Weltgeschichte, beantworten werde; niemand könne voraussehen, ob diese Situation überhaupt jemals eintreten werde.

Es mag sein, daß dem deutschen Volk tatsächlich einmal diese Alternative gestellt werden wird. Heute allerdings kann sie nicht beantwortet werden, weil sie eben nicht besteht und weil wir die näheren Umstände nicht kennen, unter denen die Frage für uns aufgeworfen werden könnte. Vor allem bedeutet die von dem sozialdemokratischen Abgeordneten gebrauchte Formulierung „oder gar kein wiedervereinigtes Deutschland“ niemals einen absoluten und endgültigen Zustand, weil alle politischen Zustände in der Welt sich verändern. Es sind konkrete Situationen denkbar, in denen die Frage nach der Bündnislosigkeit positiv entschieden werden könnte, und andere, in denen sie ganz sicher verneint werden müßte. Das kommt auf die näheren Umstände an.

Wenn die Einordnung Gesamtdeutschlands in den Schutzbereich der freien Welt auf Schwierigkeiten stoßen sollte —

so hat Kiesinger das dann Mögliche und vielleicht Notwendige formuliert —, dann bleibt dem wiedervereinigten Deutschland die Entscheidungsfreiheit, sich der weltpolitischen Lage anzupassen. Die unüberschreitbare Grenze der Entscheidung liegt dort, wo die Gefahr beginnt, daß ganz Deutschland seine Freiheit und Lebensart verliert, um von fremder Gewalt in ein widernatürliches Kollektiv eingestampft zu werden.

Politik ist die Kunst, die Entwicklung so zu gestalten, daß das heute Unlösbare morgen lösbar wird und uns unerträgliche Alternativen erspart bleiben. Politik heißt überhaupt formen und gestalten. Das ist das genaue Gegenteil jeder Art von Resignation.

### Politik der Bequemlichkeit?

Es gibt allerdings auch eine verhängnisvolle Auffassung, die in der Politik die Kunst sieht, aus schwierigen Lagen den bequemsten Ausweg zu finden. Bequem ist es zum Beispiel, schwierige Probleme einfach „liegen zu lassen“ und sich mit dem Gegner dahin zu verständigen, sie unter Teilung des Nutzens und Schadens nicht zu lösen. Für die Wiedervereinigung Deutschlands wäre das die gefährlichste Politik. Der Kampf gegen eine solche Auffassung, die heute in der internationalen Politik vielleicht mehr Anhänger hat als es öffentliche Bekenntnisse zu ihr gibt, wird nach der Ratifizierung der Verträge eine der wichtigsten Aufgaben der Bundesregierung sein. Der Sinn der Verträge liegt a u c h darin, ihr für die Durchführung dieser Aufgabe, die zugleich auf die Wiedervereinigung Deutschlands zielt, die besseren Voraussetzungen zu schaffen.

## Kerzengrüße am Heiligabend

Berlin (Eigenmeldung). Der Regierende Bürgermeister hat einen Aufruf an alle Berliner erlassen, in dem er bittet, wie in den vergangenen Jahren am Heiligen Abend wieder brennende Kerzen in die Fenster zu stellen. Der Schein der Kerzen soll ein stiller Gruß in die Ferne und ein Symbol des Ge-

denkens an diejenigen sein, denen der Weg in die Heimat noch immer verwehrt wird.

„Weihnachten, das Fest der Liebe und des Friedens, ist auch ein Fest der Hoffnung und des Gedenkens aller derer, die in der Heimat noch fehlen“, heißt es in dem Aufruf.



## Keine Viererkonferenz vor Ratifizierung

Die große Bundestagsdebatte über die Pariser Verträge

Bonn (AP/DPA). Nach zweitägiger lebhafter Debatte und hitzigen Rededuellen endete die erste Lesung über die Ratifizierung der Pariser Verträge mit der Überweisung des Vertragswerkes an die Ausschüsse, nachdem mit 236 gegen 153 Stimmen bei drei Enthaltungen ein Antrag der SPD abgelehnt worden war, Viermächte-Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands vor der Beschlußfassung über die Verträge zu fordern. Ein Ausgleich der gegensätzlichen Meinung von Regierung und Opposition über die Verträge wurde nicht erreicht.

Bundeskanzler Dr. Adenauer betonte in seiner Regierungserklärung am ersten Tag, daß die Verwirklichung der Verträge der Bundesrepublik Wohlfahrt, Freiheit und Sicherheit gewährleiste. Er stellte fünf Punkte heraus:

1. Die deutsche Wiedervereinigung ist und bleibt das oberste Ziel der deutschen Politik.

2. Verhandlungen über eine Ko-Existenz zwischen Ost und West können nicht auf der Grundlage der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands geführt werden.

3. Die Sowjet-Regierung solle aufgefordert werden, daß das militärische System des Ostblocks ähnliche defensive Grundsätze wie die NATO einführt, die Effektivstärken herabsetzt und die Rüstungsbeschränkungen einer kollektiven Kontrolle unterwirft.

4. Die neue deutsche Armee darf kein politisches Eigenleben führen, sondern wird „unter dem Gesetz stehen, das vom Bundestag erlassen worden ist“.

5. Fühlungnahme mit dem französischen Ministerpräsidenten

ten Mendès-France, um die deutschen-französischen Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Saar-Abkommens zu klären. Sollte eine Klarstellung nicht erzielt werden, wird die Bundesregierung die USA und England bitten, gemeinsam mit Deutschland und Frankreich „die Meinungsverschiedenheiten so zu bereinigen, daß sie einer Durchführung des Vertrages nicht im Wege stehen“.

## „Hoffnung auf Sieg des Vertrauens“

Jakob Kaiser sprach zu den Ostflüchtlingen

Berlin (Eigenmeldung). Bundesminister Jakob Kaiser hat am Sonntag in Berlin den Wunsch ausgesprochen, „daß die Mächte das zweite Jahrzehnt der Nachkriegspolitik mit einer zweiten Berliner Konferenz beginnen“. Er verband diesen Wunsch mit der Hoffnung, daß die zweite Berliner Konferenz „uns weiterbringt als die erste“.

Deutschland müsse auf Besprechungen und Verhandlungen und schließlich auf Konferenzen der vier Westmächte zur Überwindung der Zonengrenzen bestehen. Man sollte es als Faktor der Befriedung und nicht der

Als Sprecher der Opposition bezweifelte Erich Ollenhauer, daß die Verträge der Bundesrepublik bei kommenden Verhandlungen mit dem Osten mehr Gewicht gäben. Die SPD sehe außerdem in der Aufrüstung eine Gefahr für die Wiedervereinigung. Entspannung, Sicherheit und Frieden in Europa und in der Welt seien auf die Dauer nicht zu erreichen, solange Deutschland gespalten sei. „Ein Vertragswerk, das weder der Sicherheit noch der Einheit des deutschen Volkes dient, ist für uns unannehmbar.“ Das Saar-Abkommen bezeichnete der SPD-Vorsitzende als den Preis, den die Bundesrepublik für die französische Zustimmung zu der deutschen Mitgliedschaft in der NATO zu zahlen habe.

Der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler betonte, der Weg der Pariser Vertragswerke müsse zu Ende gegangen werden. Seine Partei bejahe die Verträge, betrachte jedoch das Saar-Abkommen in der vorliegenden Form als nicht annehmbar.

Bedrohung ansehen, daß die Deutschen bereit seien, durch eigene Streitkräfte für Sicherheit und Freiheit Verantwortung zu tragen.

Der Minister erklärte weiter, zu einem wirklichen Weihnachtsfrieden gehörten auch das Bewußtsein und der Besitz einer freien Heimat. Das deutsche Volk warte wie kaum ein anderes auf Befriedung und Entspannung. Es wolle keine Kreuzzugspolitik und keine Verfolgung Andersdenkender.

Millionen heimatloser Deutscher seien gezwungen, dieses Weihnachtsfest in der Fremde zu feiern. Daher sei es der heiße Wunsch der politischen Flüchtlinge und der Vertriebenen, daß endlich die Trennungslinie in Deutschland beseitigt werde und alle Deutschen sich in der eigenen Heimat unter den Weihnachtsbäumen finden können. Das deutsche Volk hoffe auf den Sieg des Vertrauens über das Mißtrauen. Nur der Sieg des Vertrauens werde auch den Flüchtlingen die Heimat wiedergeben.

## Großbritannien sagt zu

Bonn (Eigenmeldung). Von amtlicher britischer Seite wurde erklärt, daß Großbritannien zu Besprechungen über die Saarfrage, wie sie Bundeskanzler Dr. Adenauer im Bundestag in Aussicht genommen hat, bereit sei. Doch sei es Sache der Bundesregierung und der französischen Regierung, Großbritannien und die Vereinigten Staaten hierzu einzuladen.

Washington (DPA). Amtliche Kreise in Washington zeigten sich von den Anregungen Adenauers für eine britisch-amerikanische Saarvermittlung nicht überrascht. Es wurde hier immer mit der Möglichkeit gerechnet, daß die USA um Vermittlung gebeten werden, falls deutsch-französische Verhandlungen ergebnislos bleiben sollten.



## Sowjetnote hat nichts geändert

Paris (DPA). Die drei westlichen Außenminister haben sich für eine Entspannung der Ost-West-Beziehungen durch eine Viererkonferenz ausgesprochen. Vorbedingung sei jedoch, daß diese Konferenz nicht zu einer Propagandaplattform wird. Zu ihrer Vorbereitung, die sehr gründlich sein müsse, seien deshalb mindestens zwei oder drei Monate notwendig. Die drei Minister waren im übrigen der Ansicht, daß die letzte sowjetische Note, die mit Abbruch der Verhandlungen drohte, an der internationalen Lage nichts geändert hat.

## Atomabkommen

Washington (AP). Die USA und ihre europäischen Verbündeten werden in Kürze Abkommen schließen, nach denen die alliierten Militärbehörden Geheiminformationen über den Einsatz und die Wirkungen von Atomwaffen erhalten sollen. In die Abkommen sollen Sicherungen dagegen eingebaut werden, daß keine der Geheiminformationen nach dem Osten durchsickern.

## Wasserstraße durch den Eisernen Vorhang

Politische Eisschmelze auf der Donau

Regensburg (Eigenbericht). Mitte im Kalten Krieg hat auf der Donau eine politische Eisschmelze eingesetzt. Zum erstenmal seit Kriegsende laufen Frachtschiffe des bayrischen Lloyds in Regensburg wieder österreichische, jugoslawische und ungarische Häfen an.

Das Auftauchen der schwarz-rotgoldenen Flagge auf der Donau ist allerdings nicht dem sowjetrussischen Wohlwollen zu verdanken, sondern dem Entgegenkommen Jugoslawiens, dem es — dank seiner Schlüsselposition — schon vor einigen Jahren gelungen ist, die rote Blockade zu brechen. Die Sowjets wissen, daß Marschall Tito im Ernstfall das Eisenerne Tor bei Orsova schließen und damit den gesamten Schiffsverkehr bis zum Schwarzen Meer lahmlegen könnte.

## Einigkeit im NATO-Rat

Entscheidung über Atom-Einsatz — Tagung in Paris

Paris (DPA). Die Atlantikrat-Tagung am Freitag und Sonnabend in Paris hat ergeben, daß sich die 14 Mitgliedsstaaten der NATO in der Beurteilung der sowjetischen Politik völlig einig sind. Die fast 40 Minister (Außen-, Verteidigungs- und Finanzminister) haben außerdem beschlossen, daß die Entscheidung über den Einsatz von Atomwaffen den Regierungen und nicht den militärischen Instanzen vorbehalten bleiben soll. Dies sind, wie aus einem Kommuniqué hervorgeht, die beiden wichtigsten Ergebnisse der Tagung.

In den politischen Teilen des Kommuniqués kamen die Minister zu folgenden Feststellungen:

1. Die Politik der Sowjetunion geht trotz des Anscheins einer größeren Geschmeidigkeit noch immer darauf aus, die Länder des Westens zu spalten. Es besteht kein Anlaß zu glauben, daß die Bedrohung der freien Welt nachgelassen hat.

2. Die NATO-Staaten sind entschlossen, den Frieden auf der Grundlage der Einigkeit und Stärke aufzubauen und begrüßen die Fortschritte, die auf dem Wege der Verwirklichung der Pariser Verträge gemacht wurden.

3. Der Rat begrüßt die im Rahmen der UN unternommenen Bemühungen, um zu einem

internationalen Abkommen über die Begrenzung und die Kontrolle der Rüstungen zu gelangen.

In militärischen Fragen wurden folgende Ergebnisse erzielt:

1. Der Rat billigte, daß „die neuesten Entwicklungen auf dem Gebiete der Rüstung und der Technik“ bei dem Ausbau der militärischen Defensivmacht berücksichtigt werden. Der belgische Außenminister Spaak erklärte in einer Pressekonferenz hierzu, die Minister hätten die Hypothese nicht ausgeschlossen, daß Atomwaffen in einem künftigen Kriege tatsächlich angewendet werden würden.

2. Das militärische Programm für das Jahr 1955 sieht die Bereitstellung von Streitkräften vor, deren zahlenmäßige Stärke weitgehend der des Jahres 1954 entsprechen wird, deren Ausbildung aber verbessert sein werde.

3. Der Rat hat das Anwachsen der NATO-Streitkräfte und die gleichmäßige Verbesserung ihrer Kampfkraft im Jahre 1954 festgestellt.

4. Der vorgesehene deutsche Verteidigungsbeitrag bleibt nach Ansicht des Rates eine unumgängliche Vervollständigung der Verteidigungsmaßnahmen des Westens.

Der NATO-Rat beschloß, seine nächste Tagung im April 1955 in Athen abzuhalten.

## DDR-Sportdelegation abgewiesen

Paris (DPA). Die Einreise nach Frankreich haben die französischen Behörden einer sowjetzonalen Sportdelegation verweigert.

schließlich der Sowjetzone, angeordnet.

## Durchfahrverbot

Haag (DPA). Die Niederlande haben ein Durchfahrverbot für strategisch wichtige Güter nach den Ländern des Ostblocks, ein-

## Italiens U-Flotte

Rom (AP). Mit der Übernahme eines modernisierten amerikanischen Schnorchel-Unterseebootes hat Italien mit dem Wiederaufbau einer Unterseebootflotte begonnen.



# Nichts faul im eigenen Staat?

## Plansoll in Jamben — Blick in ein Ostberliner Theater

Das Schiffbauerdamm-Theater mit seinen protzigen Goldstukkaturen aus der Gründerperiode (sie sind jetzt wieder auf Hochglanz gebracht) gehört seit Beginn der Spielzeit dem Brechtschen „Berliner Ensemble“. Ehemals, vor einem Vierteljahrhundert, war dies ein aufregendes Theater, was man auch in besonderen einzuwenden hatte. Brechts „Dreigroschenoper“ und meist heftig umstrittene, kurzlebige, aber zweckentsprechende Reißer haben diese Bühne mit dem drängenden Leben verbunden. Und heute?

Was einmal Gärstoff war, das hat sich in lähmende Doktrin verwandelt. Der revolutionäre Geist hat sich breit etabliert und hat dabei seinen revolutionären Charakter verloren. Wogegen wäre bei so fest gemauertem „innerer Ordnung“ anzukämpfen! Gelegentlich wohl gegen das „monopolkapitalistische“ Außen. Aber im Inneren? Da bleibt ihm nur die böse Vergangenheit.

### „Böse Vergangenheit“

An sie klammert sich das Brechtsche Theater. Auf sie ist auch alles zu beziehen, was man als faul im Staate bezeichnen könnte. So mancherlei wäre zu sagen über das wirtschaftliche Elend im Gefolge der Bodenreform. Das ist aber als szenische Aussage nur möglich, wenn von vornherein, schon durch den Bühnenbildner anschaulich gemacht wird, daß das „Finstere, Unschöne und Ärmliche des preußischen Dorfes, die ‚Unbewohnbarkeit‘ dieser Gebiete“ zurückzuführen ist auf das ausaugende und kujonierende Regime der Junker und deren Verwaltung; so zu lesen im Programmheft zur ländlichen Komödie „Katzgraben“ von Erwin Strittmatter. In chronologischer Folge steht über den Akten: 1947, 1948, 1949. Damals nämlich gab es noch Großbauern, denen man die Schuld daran geben konnte, daß das Neusiedlertum nicht recht vom Fleck kommt.

### Einfach langweilig

Das schleppt sich dann in unendlicher Breite hin, das ist bar jeder gesunden Lebensfarbe, irgendeines Zuges erwärmender Menschlichkeit. Damit will man die Verpflichtung erfüllen, die im Programmheft dem Theater zugesprochen wird: „die Triumphgefühle der Befreier zu lehren“? Und daß diese theaterliche Geduldprobe auch

noch in Verse gefaßt ist! Man spricht von Quark und Kartoffeln und Stinkadoren in edlen Jamben, denn es sollen doch „die Bauern und Arbeiter auf das Niveau von klassischen Stücken gehoben werden“.

### Keine dramatische Kraft

Bert Brecht ist nicht viel glücklicher mit seinem eigenen Werk, dem „Kaukasischen Kreidekreis“. Er kann hier sehr viel bunten Aufwand treiben, in Verbindung mit einer kaukasischen Folklore, die er zu didaktischer Deutung der Fabel benützt (eine Bänkelsängergruppe ist in die Parterrelage gesetzt). Die prächtigen Bühnenbilder, die kuriosen Maskierungen umstellen aber einen langwierigen, dreischichtigen Vorgang, der zum Entscheid eines eulenspiegelhaften Volksrichters führt, ohne

je den Charakter des Beispielhaften zu verlassen, ohne echte dramatische Kraft zu gewinnen. Was aus dem Volksmärchen sprieß, kommt sofort in die Garküche der sowjetischen Ideologie, wird „verwertet“, der Einzelfall wird gestreckt, verallgemeinert.

Am eindringlichsten von der Bühne her wirkt bei Brecht Molières „Don Juan“. Brillant der dekorative Barockrahmen. Es gibt auch eine darstellerische Leistung von besonderer Tournüre: der Don Juan des Fred Düren, ein Herrchen in Allongeperücke, ein Zieraffe, der sich ständig im Spiegel beseht. Fragt sich nur, ob die Figur in dieser Form zu Recht besteht. „Don Juan“ ist das einzige Stück Molières, das den Skakespeare-Funken hat. Jetzt wird aus dem Moralverächter der frevelrich-freien Natur ein eitler Schönling, der sich gefällt, Liebes Siege zu sammeln, zu raffan — ein Monopolkapitalist der Liebe. Auch hier also das krampfge Bemühen, aus Gewesenem etwas zu konstruieren, um damit von der Bühne herunter zweifelhaften Politunterricht zu erteilen.

# Nuschkes Amt wird durchleuchtet

## Er „erholt“ sich derweil in Moskau

Berlin (Eigenbericht). Der „Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR“, Nuschke, ist von seiner Reise als Mitglied der sowjetzonalen Delegation bei der Moskauer Konferenz nicht zurückgekehrt, sondern zur Erholung in einem staatlichen Sanatorium in der Nähe von Moskau geblieben.

Die große Besorgnis um sein Wohlergehen hat inzwischen eine interessante Aufklärung gefunden: Nuschke untersteht bekanntlich die Hauptabteilung „Verbindung zu den Kirchen“. Die Zeit seiner Abwesenheit wird jetzt benutzt, um diese Abteilung gründlich zu durchleuchten.

Seit einiger Zeit sind Vertreter der zentralen Kontrollkommission und des sowjetzonalen Innenministeriums am Werk. Dabei spielen der Generalsekretär

Götting und sein Freund Hartwig von der gleichgeschalteten sowjetzonalen CDU eine wie immer trübe Rolle. Die endgültige Absicht ist, die Hauptabteilung aufzulösen und die gesamten Kirchenangelegenheiten dem Innenministerium zu übertragen, wo ohnehin bereits ein Kirchenreferat unter dem Hauptreferenten Schwarzer besteht. Im Augenblick scheinen diese Pläne allerdings zurückgestellt zu sein, da die schlechte Optik, die eine Auflösung von Nuschkes Kirchenabteilung für westliche Augen böte, in der Kampagne gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge stören könnte. Wahrscheinlich wird man deshalb die Abwesenheit von Nuschke benutzen, um seine Abteilung mit noch aktiveren SED-Leuten zu durchsetzen.



# Gegen die atheistische Schule

## Entschließung der kirchlichen Ost-Konferenz

Berlin (epd). Die kirchliche Ostkonferenz hat sich auf ihrer letzten Tagung in Berlin mit der Schulpolitik in der Sowjetzone beschäftigt und ihre Beschlüsse in einer Entschließung zusammengefaßt, die jetzt der Sowjetzonenregierung übergeben worden ist.

In dieser Entschließung wird u. a. ausgeführt: „Die am 3. Dezember 1954 zur kirchlichen Ostkonferenz versammelten Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR haben mit Besorgnis ihren Kenntnis genommen von der zunehmenden Politisierung der Schule, die immer mehr den Charakter einer Zwangsbekanntnisschule der materialistischen Weltanschauung annimmt. Die evangelischen Kirchen haben wiederholt gegen diese einseitige Schulpolitik Einspruch erhoben. Sie haben bisher weder eine Änderung des unerträglichen Zustandes erreicht, noch sind sie einer Antwort gewürdigt worden.“

Grotwohl habe, so wird weiter ausgeführt, in der Besprechung der Regierung mit den Vertretern der Kirche am 10. Juni 1953 klar folgendes zugesagt: Der Charakter der Schulen sei verfassungsmäßig festgelegt. Es seien klare Anweisungen gegeben worden, daß der Marxismus nicht aufgenötigt werden dürfe. Die Stellungnahme gegenüber dem Marxismus dürfe nicht für die Beurteilung von Lehrern und Schülern zugrunde gelegt werden.

In der Entschließung wird dann dargelegt, daß die Schule zwangsläufig zu einer atheistischen Weltanschauungsschule werde, wenn der „dialektische und historische Materialismus“, der einen konsequenten Atheismus verrete, als ihre Grundlage angesehen werde. Daraus

entständen für Kinder und Eltern, die zur Kirche gehören, ständige Gewissenskonflikte.

Schließlich wird festgestellt, daß die einseitige Ausrichtung der Schule die Verfassung verletze, die jedem Bürger Glaubens- und Gewissensfreiheit gewähre und es verbiete, daß ihm Nachteile irgendwelcher Art aus seinem Bekenntnis erwachsen.

Beim Schuljahreswechsel 1954 seien Kinder christlicher Eltern trotz hervorragender Leistungen deshalb nicht zur Oberschule zugelassen worden, weil außer den wissenschaftlichen Leistungen auch ein Bekenntnis zu dem Inhalt der materialistisch-

atheistischen Weltanschauung gefordert worden sei. Es wird deshalb erneut und dringlich gefordert, daß die Allgemeinverbindlichkeit des atheistischen Materialismus für die Schule ausdrücklich aufgegeben und den Lehrern die Wahrung der Glaubensfreiheit in der schulischen Arbeit formell zur Pflicht gemacht werde.

Abschließend heißt es: „Wenn die verfassungsmäßige Grundlage der Glaubens- und Gewissensfreiheit in der allgemeinen Schule vom Staat nicht gewährt wird, dann muß erwartet werden, daß in einem anteilgerechten Umfange den christlichen Kindern Schulen zugestanden werden, in denen eine Erziehung im christlichen Sinne gewährleistet ist.“

# Gründe des Pfarrermangels

## Eine Entgegnung auf Angriffe der „Neuen Zeit“

Berlin (Eigenmeldung). In einem Artikel „Die Lüge vom Kirchenkampf“ zitiert das Berliner Organ der Ost-CDU „Neue Zeit“ westliche Presseäußerungen über den Pfarrermangel in der Sowjetzone, der nur durch Zuzug aus Westdeutschland gedeckt werden könne. Das östliche Blatt weist auf statistische Angaben hin, wonach in westdeutschen Landeskirchen ein mindestens ebenso großer Pfarrermangel bestünde, verschweigt aber die Tatsache, daß durch die andere Form der Besiedlung und durch die in größerem Umfang mögliche Motorisierung kirchlicher Mitarbeiter in Westdeutschland ein weit größerer Personenkreis betreut werden kann, als es in Mitteldeutschland der Fall ist.

Wenn die „Neue Zeit“ als Grund gegen den Zuzug westdeutscher Pfarrer nach Mitteldeutschland weiter anführt, sie stünden den Gegebenheiten des neuen Tätigkeitsortes fremd ge-

genüber, weil sie aus völlig anderen Verhältnissen kämen, so steht dies Argument in einem merkwürdigen Gegensatz zu allen betont vorgetragenen Forderungen nach Kulturaustausch und Vorbereitung der deutschen Wiedervereinigung. Von kirchlicher Seite ist immer wieder betont worden, daß die verschiedenen Kirchengebiete in Ost und West sehr wohl voneinander lernen könnten und jede Form des intensiven Austauschs einen Gewinn bedeute.

Die Vorschläge des Ost-Organs, freiwerdende Pfarrstellen sofort wieder durch vorzeitig in den Ruhestand versetzte Pfarrer zu besetzen, ist grotesk. Denn jedermann weiß, daß es derartige Pfarrer nur in ganz wenigen Fällen gibt, während im Gegenteil eine Anzahl von Geistlichen weiter im Dienst stehen, obwohl sie die Altersgrenze überschritten haben.

## Moskau schult Zonenelite

Washington (DPA). Über 3000 Studenten der Sowjetzone befinden sich nach einer Veröffentlichung des amtlichen amerikanischen Informationsdienstes auf sowjetischen Universitäten, um dort zur künftigen „Elite“ des deutschen Kommunismus herangebildet zu werden.

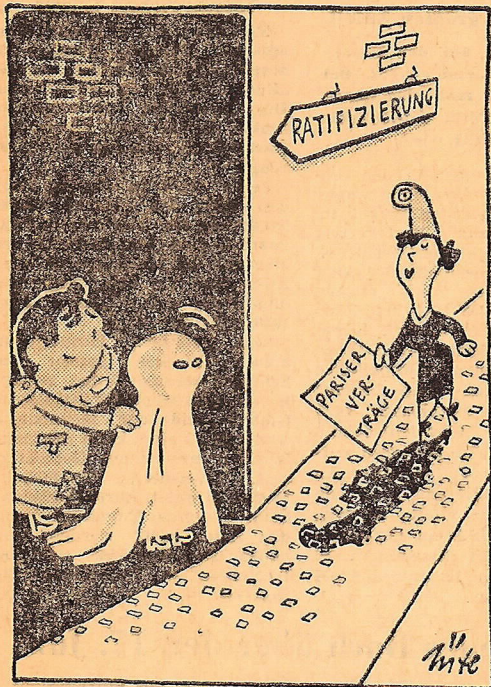
## Eine „Prawda“-Ente

Göttingen (DPA). Als frei erfunden und nicht den Tatsachen entsprechend hat der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Nobelpreisträger Professor Hahn, in Göttingen eine Meldung des sowjetischen Parteiorgans „Prawda“ bezeichnet. In dem Bericht des Blattes hieß es,

die Max-Planck-Gesellschaft arbeite an der Entwicklung der Kobaltbombe. Hahn betonte, daß die deutschen Gelehrten nicht daran denken, auf dem Gebiet der Atomwaffen zu arbeiten. Außerdem würden die Voraussetzungen in Deutschland eine solche Möglichkeit nicht zulassen.



## Moskauer Notenkrieg



„Los, Molotow, und kräftig schreien!“

## Kleist und der 17. Juni

Um den Folgen eines gegen ihn angesetzten Parteiverfahrens zu entgehen, ist der Intendant der Städtischen Bühne Erfurt, Semmelrogge (SED), nach Westberlin geflüchtet, wo er um politisches Asyl ersuchte. Er sollte, nach seinen Angaben, das Kleist-Schauspiel „Prinz von Homburg“ mit Genehmigung des Sowjetzonenministers für Kultur, Becher, inszenieren, das seit 1945 noch auf keiner Bühne der sowjetisch besetzten Zone aufgeführt worden ist.

Eine Woche vor der Premiere habe die SED-Bezirksleitung Einspruch gegen die Inszenierung erhoben, die einem „17. Juni auf dem Gebiet der Kultur“ gleichkomme, militaristisch und chauvinistisch sei und einem Wirtschaftsverbrechen entspreche.

## Kein Geld für Stalin-Diagnose

Der Westberliner Arzt und Kreislaufspezialist Dr. Dr. Fritz Heese hat kürzlich zum viertenmal ohne Erfolg ein Honorar angemahnt, das ihm sowjetische Dienststellen nach seinen Aussagen für eine ärztliche Beratung vor dem Ableben Josef Stalins im März 1953 schulden.

Heese erklärt, er sei damals in das sowjetische Hauptquartier Berlin-Karlshorst gerufen worden, um sein Urteil über die Erkrankung des sowjetischen Staatschefs abzugeben.

Bei einem Besuch in Karlshorst hat er bereits Ende März 1953 dem damaligen sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow seine Rechnung zum erstenmal eingereicht.

## Hohlziegel aus der Zuckerfabrik

Während das Ausmaß der industriellen Produktion sogenannter Massenbedarfsgüter nirgends deutlicher demonstriert werden kann als durch ihr Nichtvorhandensein auf den zu Weihnachten interessierenden Märkten, grübelt die SED bereits über einem neuen Fertigungsprogramm. „Auch Lebensmittelbetriebe können Massenbedarfsgüter herstellen!“ heißt es in einer Empfehlung der Partei an das Ministerium für Lebensmittelindustrie. Es sei eine Tatsache, daß viele Lebensmittelbetriebe gegenwärtig — teils aus Rohstoffschwierigkeiten, teils wegen Fehlplanungen — nicht voll ausgelastet seien. Diese sollten eben mit der Produktion anderer, nicht unbedingt eßbarer Güter beginnen. Der Erfolg:

In der Zuckerfabrik Vitzenburg werden seit zwei Monaten

Hohlziegel (!) produziert. Die Produktionsumstellung kostete mehr als die Ziegelfabrikation eines Jahres einzubringen vermag. Das Fischkombinat Rostock fertigt aus unbrauchbaren Fischerleinen Schleppseile für die Landwirtschaft, aus Netzfällen Hängematten und Einzelnetze. Die Maschinenabteilungen anderer Zucker- und Fischkonserven-Fabriken übernehmen Lohnaufträge volkseigener Industriebetriebe.

Was solche Produktion für ein Durcheinander verursacht, wieviel die hier gewonnenen Artikel dereinst kosten werden, macht den zuständigen Instanzen schon jetzt Kopfzerbrechen.

Beispiel ist auch hier die Umstellung sowjetischer Lebensmittelbetriebe auf zeitweilige Industrieproduktion. Die Planer verгаßen allerdings, daß man diese Maßnahmen in der Sowjetunion

während des Krieges bzw. in sibirischen Gegenden getroffen hat, wo sie als ausgesprochene Not- und Katastrophenlösung anzusehen waren.

Nichtsdestoweniger schlägt die SED jetzt den Betrieben der Lebensmittelindustrie vor: Schlachthöfe sollen mit der Produktion von Knöpfen, Kämmen, Zahnbürsten u. ä. beginnen. Die thüringische Knopfindustrie, die nicht weiß, von welchen Schlachthöfen sie bereits jetzt Hörner und Hufe bekommen soll, kann inzwischen vielleicht die Produktion von Schlächtermessern aufnehmen. Es ist der Kreislauf der Planökonomie: Thüringische und erzgebirgische Spielwarenbetriebe stellen KVP-Ausrüstungen her, ein Ostberliner Großbetrieb baut Puppenherde, das Fischkombinat dreht die Schrauben, und das alles — zu Lasten des geplagten und kopfschüttelnden Verbrauchers.



## 90 Millionen Autos in der Welt

**Ständig steigende Zahl — USA haben den größten Anteil**

Ende 1953 verkehrten 82 Mill. Kraftwagen auf der ganzen Erde. Im gleichen Jahre wurden 10 Mill. Wagen gebaut. Bei gleichbleibendem Tempo der Erzeugung muß man also damit rechnen, daß es gegenwärtig bereits rund 90 Mill. Kraftwagen gibt und 1955 die Zahl von 100 Millionen erreicht wird.

Den Löwenanteil an der Erzeugung haben natürlich die USA mit 7 340 000 Stück, gefolgt von England mit 834 000, Frankreich mit 495 000 und West-

wieler Einwohner in den einzelnen Ländern ein Kraftwagen entfällt. Die meisten Wagen im Verhältnis zur Bevölkerung haben demnach die verhältnismäßig dünnbesiedelten, aber hochzivilisierten und reichen Länder wie die USA (ein Wagen auf 2,8 Einwohner), Kanada (4,3) und Australien (5,1). In den wichtigsten europäischen Ländern lauten diese Ziffern: England 13, Frankreich 14,2, Belgien 15,9, Westdeutschland 32,3. In Rußland hingegen entfällt erst auf 56 Einwohner ein Kraftwagen. Nimmt man die Zahl der Pkw. allein, so entfällt in den USA ein Personewagen auf 3,4 Einwohner, in Rußland hingegen erst auf 644 Menschen einer.

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

deutschland mit 490 000. Heute werden dreimal mehr Kraftwagen erzeugt als 1938.

Von den 82 Mill. Wagen, die Ende 1953 im Verkehr waren, liefen allein rund 55 Millionen in den Vereinigten Staaten. Die anderen Länder folgen nur mit großem Abstand:

England . . . . .	3 885 000
Kanada . . . . .	3 390 000
Frankreich . . . . .	3 000 000
Rußland . . . . .	2 600 000
Australien . . . . .	1 727 000
Westdeutschland . . . . .	1 492 000
Italien . . . . .	925 000
Südafrika . . . . .	666 000

Aufschlußreich ist die Verteilung dieser Wagen auf Personen- und Lastkraftwagen. In den USA z. B. sind die weitaus meisten Wagen Pkw., nämlich 45,5 Millionen, denen nur 9,5 Millionen Lkw. gegenüberstehen. In der Sowjetunion hingegen gibt es nur 225 000 Pkw., alles übrige sind Lastwagen der verschiedensten Arten.

Die internationalen Statistiken führen regelmäßig an, auf

## Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

## „Epos Berlin“

**Theodor Pliviers Trilogie**

Theodor Plivier hat seine epische Trilogie Stalingrad-Moskau-Berlin mit dem Roman „Epos Berlin“ abgeschlossen. Die packende, im Tiefsten erste, immer groß gestaltende Darstellung reißt hin und überzeugt.

Jeder wird in diesem Buch den Weg des Leidens dieser Stadt und die Leistung des Beharrens und Standhaltens neu erleben. Von dem grauenvollen April 1945 bis zum tragischen und doch ermutigenden Juni 1953 geht der Weg.

Den geistigen Hintergrund dieses Werkes fassen am Schlusse wenige Zeilen zusammen: „Erst wenn der moralische Globus und der technisierte Globus eins sind, kann das neue Zeitalter anbrechen, Gerechtigkeit, Weisheit, Tapferkeit, Wahrhaftigkeit, Ehre, Nächstenliebe — ohne Tugenden kann das Reich nicht werden, und neues Beginnen ist sittliches Beginnen.“ — Womit alles gesagt ist.

## Ein neues Buch über den 17. Juni

Ein neues Buch über den 17. Juni, das jetzt — 1½ Jahre danach — unter dem Titel „Der Aufstand“ im Steingrüben-Verlag, Stuttgart, erschienen ist, verdient besondere Beachtung. Sein Autor, Stefan Brant, hat die Tage der Rebellion, auch das Vorher und das Nachher, von Westberlin aus verfolgen können — er hat erlebt, wie da plötzlich Geschichte gemacht wurde.

Er hat sich Zeit gelassen, das Erlebte zu überdenken, die Vorgeschichte des 17. Juni sorgfältig zu rekonstruieren, die Folgen der Erhebung in seine

Betrachtung mit einzubeziehen. So stützt sich die Arbeit auf zahlreiche zuverlässige Quellen, auf Augenzeugenberichte, die der Öffentlichkeit bislang nicht zugänglich waren.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.